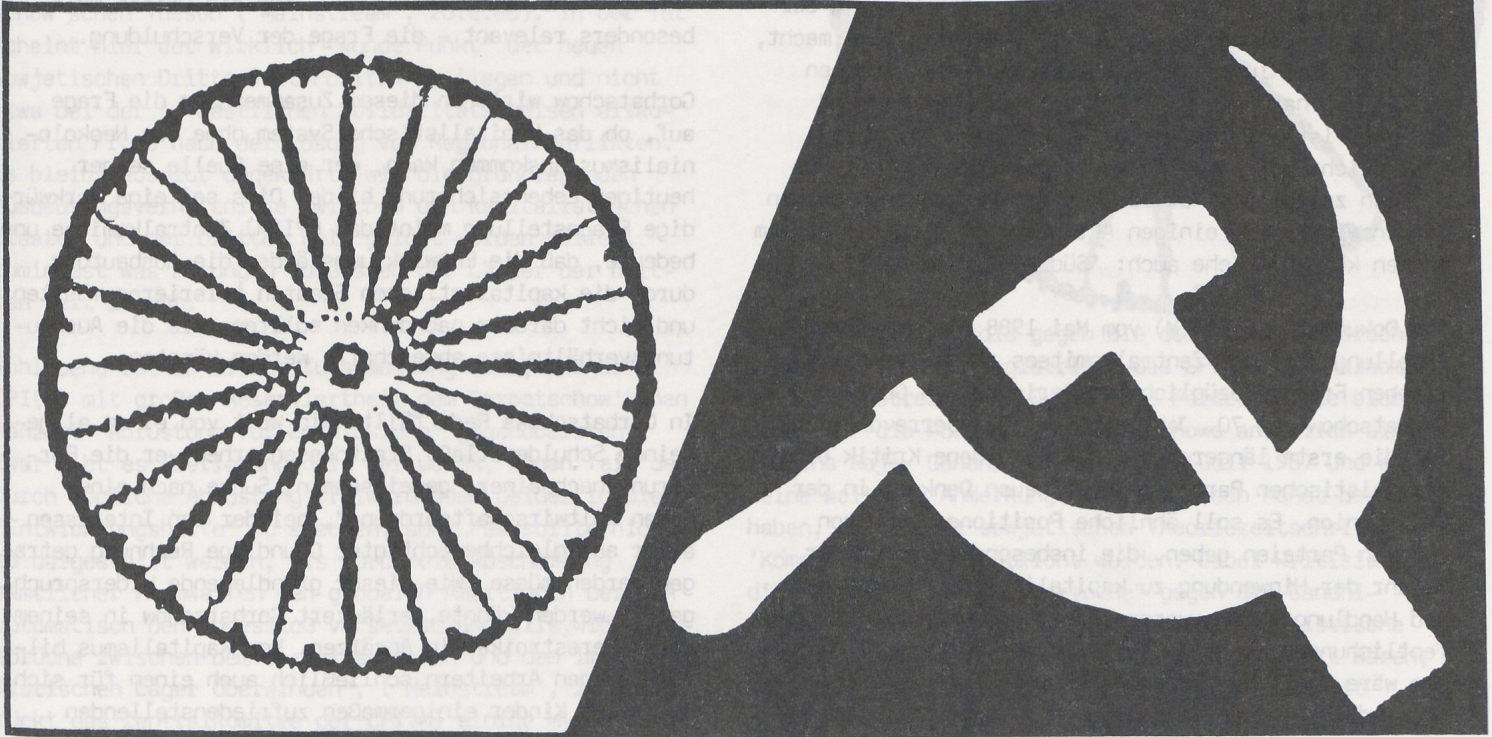


Glasnost in Indien



Die Diskussion um "Glasnost" (Offenheit) und "Perestroika" (Umgestaltung) in der Sowjetunion wird auch in Indien aufmerksam verfolgt. Insbesondere Zeitschriften wie die in Bombay erscheinende linksliberale 'Economic and Political Weekly' (EPW) und die linke 'Mainstream' (New Delhi) veröffentlichen seit geraumer Zeit Beiträge, die die Entwicklungen und Perspektiven der "zweiten russischen Revolution", wie Gorbatschow die derzeitigen Bemühungen der KPdSU versteht, einschätzen. Teils kommen sowjetische Autoren zu Wort (in 'Mainstream'), teils indische Analytiker. Das alleine wäre nicht sonderlich erwähnenswert, existiert diese Diskussion doch auch bei uns.

Interessant wird allerdings gerade die indische Diskussion um "Glasnost" und "Perestroika" aus einer ganzen Fülle von Gründen. Zum einen beruft sich Indien seit den 50er Jahren selbst auf einen eigenständigen Weg zum Sozialismus ("socialist pattern of society") und unterhält seit langem außerordentlich enge Beziehungen zur Sowjetunion. Zum anderen existieren in Indien zwei größere kommunistische Parteien sowie zahlreiche kleinere kommunistische Gruppierungen. Zudem ist das marxistische Gedankengut und Vokabular in Indien längst nicht so tabuisiert wie etwa in der Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich vor allem in 'Mainstream' eine vielfältige, oft kontrovers geführte und auch inner-indische Aspekte miteinbeziehende Diskussion über die sowjetischen Ereignisse. Deren Bewertung reicht von "Glasnost is Counter-Revolution" durch den Altkommunisten M.A.

Latif ('Mainstream', 27.8.88), der in dem Gorbatschow'schen Reformwerk die endgültige Durchsetzung des Kapitalismus in der Sowjetunion gegeben sieht, bis hin zu der - überwiegend vertretenen - Einschätzung "Perestroika - A Negation of Stalinism", wie sie etwa der Dozent Dipak Malik vertritt ('Mainstream', 21.1.89). Neben kommunistischen Politikern und fortschrittlichen Akademikern reicht die Spannweite derer, die sich an dieser Diskussion beteiligen, bis hin zu Paul Gregorios, Metropolit der Orthodoxen Kirche von Delhi, der "als ein Freund der Linken" einen der ausgewogensten und vernünftigsten Beiträge geliefert hat ('Mainstream', Annual 8.10.88).

Im Mittelpunkt der Glasnost-Diskussion in Indien steht allerdings ein parteiamtliches Dokument der CPI(M), das für eine Sitzung ihres Zentralkomitees im Mai 1988 verfaßt wurde und dessen Inhalt über undichte Stellen an die Öffentlichkeit gelangt war ('Mainstream', 20.8.88). Gleiches gilt auch für die Kritik an diesem Dokument durch den CPI-Generalsekretär Rajeswara Rao ('Mainstream', 17.9.88).

Die CPI (Communist Party of India) ist die traditionell als "prosoowjetisch" bezeichnete, bereits 1920 gegründete Partei. Im Jahr 1964 spaltete sich von ihr ein eher "prochinesischer" Flügel ab, wobei für die Spaltung auch die unterschiedliche Einschätzung der Politik der Kongress-Partei ausschlaggebend war. Die neue Gruppierung nannte sich CPI(M), wobei das 'M' für 'Marxist' steht. Im April 1969 entwickelte sich aus

deren "linkem" Flügel die den bewaffneten Kampf propagierende CPI(ML). Heute gilt allgemein die CPI(M) als die stärkere der beiden kommunistischen Parteien Indiens. Während die CPI über das gesamte Land ihre Anhänger verstreut hat, verfügt die CPI(M) über ausgesprochene Hochburgen in den Bundesstaaten Tripura, West-Bengalen und Kerala. In den beiden letzteren regiert eine sogenannte Linksfront unter Führung der CPI(M) unter Einbeziehung der CPI, was deutlich macht, daß sich die Kluft zwischen diesen beiden Parteien verringert hat. Die CPI(ML), auch als "Naxaliten" bekannt, ist seit Anfang der 70er Jahre in unterschiedliche, sich teilweise gegenseitig bekämpfende Gruppen zerfallen, hat aber in den vergangenen beiden Jahren wieder mit einigen Aktionen auf sich aufmerksam machen können (siehe auch: 'Südasiens', 8/88).

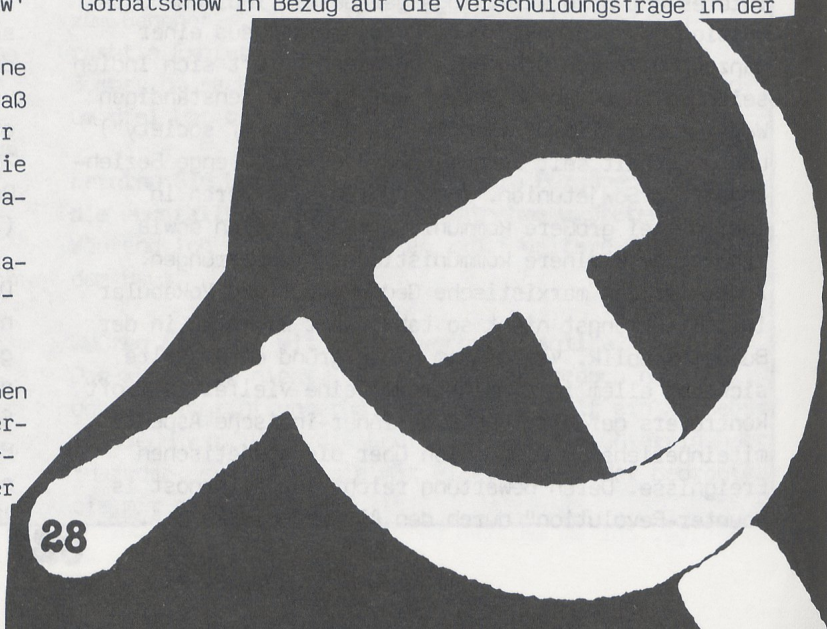
Das Dokument der CPI(M) vom Mai 1988 mit dem Titel "Stellungnahme des Zentralkomitees zu gewissen ideologischen Fragen bezüglich des Berichts von Genosse Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution" ist die erste längere, bekannt gewordene Kritik einer kommunistischen Partei an dem "neuen Denken" in der Sowjetunion. Es soll ähnliche Positionen auch von anderen Parteien geben, die insbesondere vor einer Gefahr der Hinwendung zu kapitalistischen Strukturen und Handlungsweisen warnen. An entsprechenden Veröffentlichungen mangelt es allerdings bislang. Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang die kubanische Position, die sich implizit gegen die sowjetischen Reformen bzw. deren Übertragung auf Kuba wendet.

Allerdings ist die CPI(M) keine von Moskau offiziell anerkannte kommunistische Partei. Das ist in Indien nach wie vor nur die CPI, während die CPI(M) offizielle Beziehungen zur Kommunistischen Partei Chinas unterhält, ohne deren Positionen jeweils kritiklos zu übernehmen. Im Jahre 1987 hat ein Treffen der kommunistischen Parteien Asiens unter der Schirmherrschaft der KPdSU stattgefunden, auf dem die CPI(M) nur einen Beobachterstatus hatte. Über Inhalte und Diskussionen dieses Treffens ist leider und merkwürdigerweise - in Zeiten von Glasnost - keine Silbe bekanntgeworden. Umso mehr Aufmerksamkeit erfuhr das Papier der CPI(M), das dem in Hongkong erscheinenden, führenden asiatischen Nachrichtenmagazin 'Far Eastern Economic Review' (FEER) immerhin einen eigenen Bericht wert war (22.9.88). Das Zentralkomitee der CPI(M) bezieht seine Kritik in erster Linie auf Gorbatschows Rede aus Anlaß des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution im November 1987 in Moskau. Während bis dahin die sowjetischen wie die indischen Kommunisten von vier wesentlichen sozialen Widersprüchen ausgegangen seien, die das Weltgeschehen bestimmten - Widersprüchen zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager, dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, zwischen den imperialistischen und den unterdrückten Staaten sowie den Widersprüchen zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und innerhalb der monopolkapitalistischen Gruppen - setze Gorbatschow nun andere Akzente, wenn er sage: "Trotz der

tieferen Widersprüche der heutigen Welt und der grundlegenden Unterschiede zwischen den sie bildenden Staaten ist sie in ein Geflecht gegenseitiger Abhängigkeiten eingebettet und stellt eine gewisse Ganzheit dar." ('Sowjetunion heute'). Und mit den Kernwaffen sei "die Entstehung des Problems des Überlebens des Menschengeschlechts" gegeben. Hinzu kämen Fragen der Ökologie und Ressourcen sowie - für die Dritte Welt besonders relevant - die Frage der Verschuldung.

Gorbatschow wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob das kapitalistische System ohne den Neokolonialismus auskommen kann, der eine Quelle seiner heutigen Lebenssicherung bilde. Dies sei eine merkwürdige Fragestellung meint das CPI(M) Zentralkomitee und bedeute, daß die Entwicklungsländer die Ausbeutung durch die kapitalistischen Staaten tolerieren müssten und nicht darüber nachdenken sollten, wie die Ausbeutungsverhältnisse abgeschafft werden könnten.

In Gorbatschows Rede fällt kein Wort von einem allgemeinen Schuldenerlaß. Stattdessen erhebt er die Forderung nach einer "gemeinsame(n) Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung", bei der den Interessen aller auf gleichberechtigter Grundlage Rechnung getragen werden müsse. Wie dieser grundlegende Widerspruch gelöst werden könnte, erläutert Gorbatschow in seinem Buch 'Perestroika' in Ansätzen. Der Kapitalismus billige seinen Arbeitern schließlich auch einen für sich und seine Kinder einigermaßen zufriedenstellenden Lebensstandard zu. "Der Kapitalist ist dazu gezwungen, weil er erkennt, daß er damit seinen eigenen gegenwärtigen sowie zukünftigen Profit sichert." Gorbatschow fordert die Industrienationen auf, sich dementsprechend gegenüber der Dritten Welt zu verhalten. Das erinnert mehr an die Worte eines Theoretikers der sozialen Marktwirtschaft als an einen sowjetischen Parteiführer. Grundlegende Machtstrukturen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wie auch zwischen Nord und Süd, die Gorbatschow an anderer Stelle durchaus klar benennt, werden hier gar nicht mehr thematisiert. Alles wird sehr stark auf "das neue Denken mit seinen allgemeinmenschlichen Kriterien" und Ausgleichung der Widersprüche bezogen, weniger aber auf eine radikale soziale Umgestaltung. So führt Gorbatschow in Bezug auf die Verschuldungsfrage in der

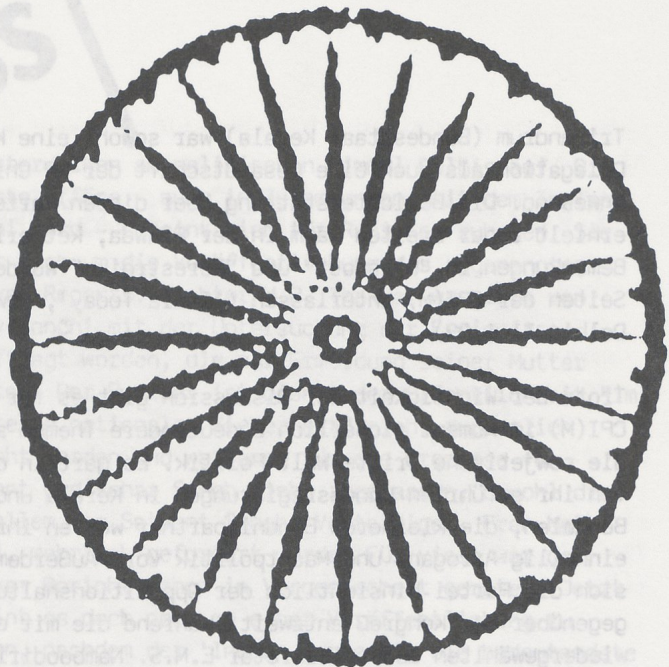


Dritten Welt aus: "Eine soziale Explosion mit ungeheurer Vernichtungskraft bahnt sich hier an" ('Perestrojka'), die es im Gesamtweltinteresse zu vermeiden gilt. "Es scheint, das Konzept einer integrierten Welt richtet sich gegen diese Explosion, d.h. gegen eine Revolte oder die völlige Befreiung der Länder der Dritten Welt", analysiert die CPI(M) die Gorbatschow'schen Thesen ('Mainstream', 20.8.88). In der Tat scheint hier der wirklich "wunde Punkt" der neuen sowjetischen Dritte-Welt-Politik zu liegen und nicht etwa bei der in westlichen Solidaritätskreisen diskutierten Frage nach der Lösung von Regionalkonflikten. Es bleibt absolut ungeklärt, wie die grundlegenden Ausbeutungsverhältnisse zwischen den kapitalistischen Staaten und der Dritten Welt gelöst werden sollen, zumindest was Lösungen zugunsten der Länder der Dritten Welt angeht.

Wohlthuend ist in diesem Zusammenhang auch, daß die CPI(M) mit großer Reserviertheit dem Gorbatschow'schen Konzept "Abrüstung für Entwicklung" gegenübersteht. Zwar gibt es Überlegungen in der UdSSR, einen Teil der durch mögliche Abrüstung freiwerdenden Gelder in die 'Entwicklungshilfe' zu stecken, aber "es sollte nicht so dargestellt werden, als würde die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen den globalen Ambitionen der USA automatisch den Todesstoß versetzen und alle Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager überwinden", ('Mainstream', 20.8.88), rückt das Zentralkomitee der CPI(M) einige Mythen der weltweiten kommunistischen und Friedensbewegung zu recht. Verschuldung, Armut und Hunger, ungleicher Tausch, neokoloniale Abhängigkeit, all das ist auch in einer weniger hochgerüsteten Welt vorstellbar, solange die sozio-ökonomischen Spielregeln unverändert bleiben.

"Es ist üblich, von einem Abflauen der nationalen Befreiungsbewegungen zu sprechen. Hierbei kommt es aber offenbar zu einer Unterstellung von Begriffen, zum Ignorieren des Neuartigen an der Situation", hatte Gorbatschow in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution festgestellt. Als das 'Neuartige' führt er insbesondere die Entwicklung regionaler Zusammenschlüsse von Dritte Welt Ländern zum Zwecke der Intensivierung des wirtschaftlichen, technologischen, kulturellen und politischen Austausches an, also etwa die südost- und südasiatischen Staatengemeinschaften ASEAN und SAARC. In der Tat sind das Schritte, die die Länder der Dritten Welt in ihren Auseinandersetzungen mit den Industrienationen stärken könnten. Zur Entwicklung in diesen Ländern, für die Überwiegende Mehrheit der dort lebenden Menschen, besagt das aber erst einmal gar nichts, und bezüglich der sozialen Konflikte und Befreiungskämpfe in den Entwicklungsländern macht Gorbatschow keinerlei Aussagen.

"Und genau so stellt sich das auch dar, wenn die KPdSU argumentiert, daß es zur Rajiv-Gandhi-Regierung in Indien keine Alternative gäbe und dabei völlig die



Kräfte ignoriert, die gegen die derzeitige ungerechte Ordnung kämpfen", registriert das CPI(M) Zentralkomitee ('Mainstream', 20.8.88). Die Partei dürfte sich dabei auf die Äußerungen Gorbatschows anlässlich eines Besuchs Rajiv Gandhis in Moskau im Juli 1987 und auf seine weiteren Anmerkungen im folgenden Monat bezogen haben, die in der sowjetischen Theoriezeitschrift 'Kommunist' veröffentlicht wurden. Dabei kritisiert er die "Destabilisierungsversuche" gegen die Gandhi-Regierung (es ging dabei sowohl um kommunalistische Konflikte, die angeblich vom Ausland gesteuert wären, aber auch um die Rüstungsbestechungsskandale mit Bofors und HDW), und ruft "alle wirklich demokratischen und patriotischen Kräfte" dazu auf, sich um Rajiv Gandhi zusammenzuschließen (EPW, 29.8.87 und FEER, 24.9.87). Insbesondere die CPI(M) sprach sich entschieden gegen diese Sichtweise aus, sah zwar auch Destabilisierungsversuche von Seiten Pakistans und den USA, wandte sich jedoch gegen die Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik Gandhis. Auch die CPI, die ja, ähnlich argumentierend wie die jetzige Moskauer Führung, in der ersten Phase die Kriegsrechtspolitik Indira Gandhis mitgetragen hatte, war zu einer Annäherung an die Kongress-Partei von Rajiv Gandhi nicht zu bewegen. Stattdessen führen die beiden indischen kommunistischen Parteien intensive Gespräche mit der sich unter V.P. Singh formierenden Opposition gegenüber Rajiv Gandhi.

Die empfindliche Reaktion der CPI(M) - der CPI Generalsekretär Rajeswara Rao nimmt in seiner eingangs erwähnten Stellungnahme zu der CPI(M) Kritik an Gorbatschow diesen voll in Schutz - rührt sicher nicht zuletzt daher, daß sie sich von der KPdSU mehrfach übergangen fühlte. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß die sowjetischen Kommunisten zum 12. Parteitag der CPI(M) im Dezember 1985 noch nicht einmal eine Grußbotschaft, zur gleichzeitigen 100-Jahr-Feier der Kongresspartei aber eine hochrangige Delegation mit dem Prawda-Chefredakteur an der Spitze entsandten (FEER, 30.1.86). Inzwischen ist es aber zu einer offensichtlichen Annäherung zwischen den sowjetischen und den indischen Kommunisten der CPI(M) gekommen. Auf dem 13. CPI(M) Parteitag Ende 1988 in

Trivandrum (Bundesstaat Kerala) war sowohl eine KPdSU-Delegation als auch eine Gesandtschaft der KP Chinas anwesend. Die Berichterstattung über diesen Parteitag erhielt sogar breiten Raum in der Prawda, ketzerische Bemerkungen zu "Glasnost" und "Perestroika" wurden von Seiten der CPI(M) unterlassen ('India Today', New Delhi, 31.1.89).

Trotz der Wichtigkeit der Diskussion gibt es für die CPI(M) im Moment sicherlich bedeutendere Themen als die sowjetische Dritte-Welt-Politik. Es gärt in den von ihr geführten Landesregierungen in Kerala und West Bengalen, die kleineren Bündnispartner werfen ihr einhellig Arroganz und Machtpolitik vor. Außerdem hat sich die Partei hinsichtlich der Oppositionshaltung gegenüber dem Kongreß entzweit. Während die mit dem wiedergewählten Generalsekretär E.M.S. Namboodiripad identifizierte 'Kerala-Linie' derzeit eher einen gemäßigten Kurs gegenüber der Gandhi-Administration befürwortet und nur eine Mitte-Links-orientierte Opposition bei den Ende diesen Jahres anstehenden Wahlen unter-

stützen will, ist die 'bengalische Linie' unter dem in Kalkutta residierenden Ministerpräsidenten Jyoti Basu für die Unterstützung einer Anti-Rajiv-Opposition um jeden Preis, selbst unter Einschluß der hindu-chauvinistischen und gemeinhin als 'kommunistisch' bezeichneten, und von daher bislang von der CPI(M) abgelehnten 'Bharatiya Janata Partei' (BJP).

Eine allzu heftige Glasnost-Debatte könnte überdies die Annäherungsversuche zwischen der CPI und der CPI(M) erschweren. Insbesondere die CPI scheint daran interessiert zu sein. Ihr Generalsekretär hat dies mit der Bereitschaft zu offiziellen Gesprächen über Vereinigungsmöglichkeiten im Januar 1989 signalisiert ('The Hindu', International Edition, Madras 28.1.89)

In jedem Fall hat sich in Indien eine äußerst interessante Debatte über die internationale kommunistische Bewegung und deren mögliche nationale Auswirkungen entwickelt.

Frank Braßel

Todesurteile heftig kritisiert — Neuer Skandal in Indien? —

Am 31. Oktober 1984 wurde die damalige indische Premierministerin Indira Gandhi von zwei Sikhs, Mitgliedern ihrer persönlichen Leibwache, ermordet. Einer der Täter, Beant Singh, wurde bei seiner Festnahme erschossen, der andere Täter, Satwant Singh, und der ebenfalls verhaftete Kehar Singh verbrachten vier Jahre im Gefängnis. Nach langjährigen Gerichtsprozessen wurden die Todesurteile für Satwant und Kehar Singh vom Obersten Gerichtshof bestätigt und am 6. Januar 1989 in Delhi vollstreckt.

Der Prozeß und die Vollstreckung der Todesurteile waren Auslöser für kontroverse Diskussionen über den Sinn der Todesstrafe, die nach bisheriger indischer Rechtsprechung nur in den "allerseltendsten Fällen" verhängt werden soll. Ein solch seltener Fall war - auch nach dem Überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung - der Indira Gandhi Mörder Satwant Singh. In seinem Prozeß war die Beweisführung des Gerichts rechtlich einwandfrei und eindeutig.

Völlig unzureichend - so Stimmen - sei die Beweisführung im Falle Kehar Singhs gewesen. Er war weder direkt an der Tat beteiligt noch am Tatort anwesend. Weder eine Beteiligung an der Vorbereitung noch die Unterstützung der Tat, ja nicht einmal das Wissen um die Verschwörung gegen Indira Gandhi konnten ihm nachgewiesen werden. Die Indizien, die zu seiner Verurteilung führten, waren mehr als dürftig. Kehar Singh unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu dem Haupttäter Beant Singh. In den Wochen vor dem Attentat



Sie wurden gehängt: Satwant Singh (links) und Beant Singh (Foto: Sunday)

trafen sich beide mehrfach zu Gesprächen unter vier Augen. Einmal besuchten sie den Akal Takht, das Heiligtum der Sikhs in Amritsar. Dort befindet sich das Zentrum der extremistischen Sikh-Bewegung. Als Kehar Singh von der Ermordung Indira Gandhis erfuhr, soll er gesagt haben: "Jeder, der sich mit dem Heiligtum der Sikhs vergreift, wird das gleiche Schicksal erleiden", eine Aussage, die Tausende von Sikhs gleichfalls hätten machen können (Indira Gandhi hatte 1984 von Eliteeinheiten das Heiligtum der Sikhs stürmen lassen - es kamen damals Hunderte von Sikhs